

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Mitteln: Sozialdemokrat Berlin

MORWORTS

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Goldpfennig

80 Milliarden

Sonnabend

12. April 1924

Verlag und Verlagsabteilung
Berliner Dorotheen-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507

Wahlsieg in Dänemark.

Auch in Finnland Fortschritte der sozialdemokratischen Partei.

Kopenhagen, 12. April. (Eigener Drahtbericht.) Die nun vorliegenden Ergebnisse der Reichstagswahlen bestätigen, daß die Sozialdemokratie einen gänzlichen Sieg errungen hat. Sie hat insgesamt statt der bisherigen 48 55 Mandate erhalten und damit einen Gewinn von 7 Mandaten erzielt. Auch die Radikalen haben ihren Besitzstand von 13 auf 20 Mandate gesteigert, so daß die beiden Linksparteien zusammen eine absolute Mehrheit im neuen Reichstag errungen haben. Verloren hat die linkskonservative Bauernpartei, deren Mandatszahl von 52 auf 44 zurückgegangen ist, während die mit ihr koalitierte konservative Partei statt 27 Mandate 28 erlangt hat. Durch diesen Wahlausgang ist die bisherige Regierungsmehrheit zusammengebrochen und eine feste Linksmehrheit im Reichstag entstanden. Es wird erwartet, daß um die Sozialdemokraten mit Unterstützung der bürgerlichen Radikalen unter dem Vorzeichen des Schwenks das neue Kabinett bilden.

Von Interesse ist, daß in dem früheren deutsch-schwedischen Gebiet die Sozialdemokratie große Erfolge gehabt und fast eines Mandats zwei erobert hat. Wir begrüßen den Wahlsieg unserer dänischen Genossen mit größter Genugtuung. In harten Kämpfen ist es ihnen gelungen, die bisherige Rechtskoalition zu zerbrechen. Da die Sozialdemokraten selbst über die absolute Mehrheit nicht verfügen, werden sie bei der Übernahme der Regierung auf die Unterstützung der bürgerlichen Radikalen angewiesen sein. Wie weit sie hierbei Bewegungsfreiheit haben werden, muß abgewartet werden. Jedenfalls muß diese Entwicklung, die außerordentliche Ähnlichkeit mit der englischen aufweist, von der gesamten Internationale begrüßt werden, da sie als ein Symptom des wiederbeginnenden Aufschwungs der Arbeiterbewegung und der Zurückdrängung der Reaktion gewertet werden kann. An der deutschen Arbeiterklasse liegt es nun, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen dem Beispiel des britischen und dänischen Proletariats zu folgen und die immer freier werdende Reaktion in die Schranken zu weisen.

St. Petersburg, 12. April. (Z.) Die finnischen Reichstagswahlen haben keine große Veränderung in der Zusammensetzung des Parlaments gebracht. Das Verhältnis zwischen den bürgerlichen und den arbeiterparteilichen Abgeordneten hat sich nur um zwei Mandate zugunsten der letzteren verschoben. 122 (bisher 120) bürgerliche Reichstagsabgeordnete stehen 78 (60) Mitglieder der beiden Arbeiterparteien gegenüber. Dagegen hat sich das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in bemerkenswerter Weise verschoben. Die Zahl der kommunistischen Abgeordneten ist von 27 auf 18 zurückgegangen, also um nicht weniger als 1/3. Die sozialdemokratischen Mandate liegen von 53 auf 60. Von den bürgerlichen Parteien hat die Schwedische Volkspartei 24 (bisher 25), die konservativ-finnische Sammlungspartei 37 (bisher 35), die radikal-finnische Fortschrittspartei 17 (bisher 15) und die stark nationalistische radikale Kleinbauernpartei 44 (bisher 45) Mandate erhalten. Die feste Mehrheit für eine parlamentarische Regierung fehlt auch weiterhin. Es ist anzunehmen, daß die gegenwärtige Beamtenregierung noch mindestens den Sommer über im Amt bleiben wird.

Auch die finnischen Reichstagswahlen haben, ebenso wie die dänischen, einen weiteren starken Fortschritt der Sozialdemokratie gebracht. Zwar ist die Gesamtzahl der Arbeiterabgeordneten von 80 auf 78 zurückgegangen, aber dieser bedauerliche Rückgang, der einzig und allein der verheerenden Zerbrechungs- und Spaltungsarbeit der Kommunisten zuzuschreiben ist, wird dadurch wettgemacht, daß ein Drittel der kommunistischen Mandate wieder an die Sozialdemokratie zurückgefallen ist, und daß die sozialdemokratische Fraktion um sieben Mitglieder verstärkt in den neuen Reichstag einzieht.

Dieses Resultat ist um so höher zu veranschlagen, als die finnischen Kommunisten, durch reichliche Geldmittel aus dem benachbarten Rußland unterstützt, fortgesetzt den heftigsten Kampf gegen die Sozialdemokratie geführt und diese, ebenso wie es die deutschen Kommunisten tun, als ihren „Hauptfeind“ betrachtet haben. Der gesunde Sinn der finnischen Arbeiterklasse hat über dieses mühe Treiben der kommunistischen Spaltungspropaganda den Sieg davongetragen. Der heutige Wahlsieg der finnischen Sozialdemokratie bedeutet deshalb einen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Befreiung und Konsolidierung nicht nur der finnischen, sondern auch der internationalen Arbeiterbewegung.

2. Schließt die Aufrechterhaltung der Ruhrbesetzung eine Revision des Versailler Vertrages ein? Die Anerkennung einer Fortdauer der französischen Besetzung des Ruhrgebietes durch die übrigen Alliierten könne erst erfolgen, wenn sich Deutschland im Austausch gegen Vorteile, die nach keiner Ansicht die Last der Besetzung auswiegen, sowie unter genaueren vertraglich niedergelegten Bedingungen der Besetzung, die von den Zweideutigkeiten des Versailler Vertrages frei sind, freiwillig unterworfen erklärt. In ihrer Haltung gegenüber diesen entscheidenden diplomatischen Problemen werde es für die britische Regierung nicht statthaft sein, angesichts der einstimmigen Erklärung der Sachverständigen und auch angesichts der bekannten Politik der Parteien im Unterhaus, die geringste Schwäche zu zeigen.

Atkins fragt dann, ob die Sachverständigenentwürfe Deutschland tatsächlich eine Klempe sichern können. Das wirtschaftliche Moratorium solle nur ein Jahr dauern. Wenn es sich als undurchführbar erweisen sollte, eine Goldanleihe von 40 Millionen Pfund aufzubringen, soll die deutsche Verpflichtung demgemäß vermindert werden; wenn die Anleihe aber aufgebracht werde, so werde Deutschland während des ersten Jahres in der Lage sein, seine Stellung zu stärken. Die Beschränkung des wirklichen Moratoriums auf einen so kurzen Zeitraum beruhe in sich den grundlegenden Fehler, daß Deutschland dadurch verhindert werde, während der Anfangsperiode seine beginnende Erholung „mit Zinsschneisen zu vermehren“. Es sei unumgänglich, daß Deutschland sofort große Zahlungen leisten, wenn keine gesamte Uberschußproduktion ihm fast von Anfang an abgenommen werde. Die Härte des Moratoriums wie der späteren Periode werde jedoch durch bestimmte Nachlassungsvorschläge gemildert. Ob ein Plan dieser Art in der Praxis in so großem Umfang während eines langen Zeitraums durchgeführt werden könne, sei zweifelhaft, aber das Projekt habe wenigstens des Verdienstes, daß es versucht, die Möglichkeiten sehr großer Zahlungen zu vermindern mit angemessenen Bürgschaften für den Fall, daß sich die optimistischen Voraussetzungen als falsch erweisen sollten.

Wenn der Plan vorsichtig durchgeführt werde, schloß er Deutschland vor der Gefahr der Unterdrückung und des Ruins zu schützen.

Bezüglich der von den Sachverständigen in Aussicht genommenen allfälligen Kontrollorgane erklärte Keynes, die vorgeschlagenen Befugnisse dieser Persönlichkeiten schienen nicht übermäßig zu sein. Deutschland könne viel dadurch gewinnen, daß die Alliierten über die wirklichen Lasten Informationen aus erster Hand und aus Quellen erhielten, denen sie trauen. Der Bericht sei alles in allem der beste Beitrag, der bisher zur Lösung dieses unumgänglichen Problems gemacht wurde. Er atme einen neuen Geist und spiegelte die reine Atmosphäre der Unparteilichkeit wider; obgleich seine Sprache zuweilen die Sprache eines vernünftigen Mannes zu sein schien, „der sich in einem Irrenhause befindet und sich den Insassen anpassen muß“, verliere sie doch niemals ihre Vernunft, sie suche mit dem Unmöglichen einen Vergleich einzugehen und nehme sogar das Unmögliche in Aussicht.

Keynes über das Gutachten. London, 12. April. (WTB.) Die Erörterung des Gutachtens der Sachverständigen wird von der Presse eifrig fortgesetzt. In der Wochenzeitung „Nation“ schreibt Professor Keynes: „Wenn wie es wahrscheinlich ist, die Franzosen auf einer Fortdauer und Anerkennung der militärischen Besetzung des Ruhrgebietes in irgendeiner Gestalt bestehen, so würden dadurch zwei Fragen aufgeworfen:

1. Könnte eine derartige Besetzung in der Praxis vereinbar sein mit der finanziellen und wirtschaftlichen Einheit des Deutschen Reiches, wenn die französischen Militärbehörden die Befugnisse üblicher Staatsmacht, wie sie sie jetzt in der Pfalz und in den Rheinlanden ausüben, beibehalten sollten? Auf jeden Fall müßte die Besetzung beschränkt bleiben auf die Annahmehaft der französischen Truppen mit keinerlei Verwaltungsbefugnisse und keiner Autorität, einzugreifen, außer in ernstem Notfall, und auch dann nur auf Anweisung der Gesamtheit der Alliierten hin.

Bedeutung der Gemeindevahlen

Am 4. Mai wird nicht nur durch die Reichstagswahlen für lange Zeit über die Entwicklung der deutschen Politik entschieden, es finden auch im größten deutschen Land, in Preußen die Gemeindevahlen statt, deren Bedeutung von keinem Sozialdemokraten unterschätzt werden sollte. Seit Jahrzehnten arbeitet die Sozialdemokratie durch ihre Vertreter an dem Aufbau und an der Entwicklung der Gemeinden. Seit Jahrzehnten ist sie die Partei, die mit vollem Recht von sich sagen kann, daß ihr mehr als jeder anderen das Blühen der Gemeinden am Herzen liegt. Wenn man von per dänischen Zufälligkeiten, die bei Gemeindevahlen in kleineren Orten hier und da eine Rolle spielen, absehen, so wird man niemals finden, daß gegen die sozialdemokratische Gemeindevolitik ernsthafte Einwendungen gemacht werden können. Daß Interessentengruppen, denen die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden ein Dorn im Auge ist, sich gegen Gemeindebetriebe wenden, versteht sich von selber. Aber die Argumente dieser Interessenten haben für die weitere Öffentlichkeit politisch nichts Ueberzeugendes. Sie erscheinen auch dem Fernersehenden von vornherein als Argumente in einem wirtschaftlichen Machtkampf, in dem das Recht und das Interesse der Gesamtheit der sozialdemokratischen Politik ohne weiteres den Vortritt gibt. Wenn bei Gemeindevahlen die Sozialdemokratie angegriffen wird, dann wird sie in der Regel nicht wegen ihrer speziellen Gemeindepolitik angegriffen, sondern deswegen, weil man in ihr die Vertretung der Arbeiterschaft und der gewerkschaftlichen Organisationen treffen will.

Die enge jahrzehntelange Verbindung der Sozialdemokratie mit der Gemeindepolitik ist keine zufällige. Die Arbeiterschaft ist infolge ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Stellung diejenige Klasse, die in erster Linie an einer Ausdehnung, an einem Aufbau und an dem Blühen der Tätigkeit der Gemeinden interessiert ist. Die Arbeit der Gemeinden ist mit der kulturellen und sozialen Aufwärtsentwicklung der Volksmassen aufs allerengste verbunden. Die Selbstverwaltung der Bevölkerung, die Möglichkeit, aus eigener Initiative Besseres zu schaffen, tritt hier am einfachsten in die Erscheinung. Die Arbeiterschaft ist deswegen schon unter dem alten Dreiklassenwahlrecht, das sie entwarf, immer der vorwärtstreibende Teil in der Gemeindepolitik gewesen. Sie fand dabei manche Verührungspunkte mit der sich entwickelnden Gemeindevorkämpfer, die in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege zweifellos in zahllosen deutschen Städten bedeutendes leistete, und in der Arbeiterschaft einen Bundesgenossen gegen „herrscherliche Stenokratie und Befangenheit, gegen Steuerdruck des Bürokratismus und gegen die kindliche Angst vor dem „Gemeindefaschismus“ fand.

Die Arbeiterschaft hat unter der Führung der Sozialdemokratie in zahlreichen Gemeinden und Städten nach dem Kriege die Führung der Geschäfte übernehmen können. Sie hat, einerlei, ob sie in der Mehrheit oder in der Minderheit war, in dieser schwersten Zeit der Selbstverwaltung der Gemeinden, in der so vieles, was früher geschaffen war, unter den Schlägen der Inflation zugrunde zu gehen drohte, und an neuen Aufbau zu denken war, überall ihre Aufgabe darin gesehen, die Gemeinden zu stützen. Ihre Wirtschaft aufrecht zu erhalten und ihrer finanziellen Not durch verantwortungsvolle Mitarbeit zu helfen. Diese Arbeit war in den letzten Jahren weder leicht noch dankbar. Die Inflation war für die Gemeinden ein übermächtiger Feind. Es gab von der Gemeindepolitik aus keine durchgreifenden Mittel zur Senkung. Es konnte sich nur darum handeln, den gänzlich aufkommenden ohrenwendigen und damit unabsehbaren Schaden für die Bevölkerung zu vermindern. Anstatt neues aufzubauen, war man fast überall gezwungen, unter Ausbeutung äußerster Kräfte das bisher Geschaffene zu halten und — dafür auch Leiden auf sich zu nehmen. Die extremen Parteien, die den Zusammenbruch zur Erreichung ihrer politischen Ziele gebräuchlich hatten und haben es leicht, diese Politik mit demokratischen Redensarten zu bekämpfen. Kommunisten und Neutotalitaristen haben fast nirgends das Verdienst, die Gemeindefinanzen aufrecht erhalten zu haben. Sie haben in der Regel alles getan, um durch Steuererhöhungen, durch kindliche Tarifpolitik gegenüber den städtischen Wertunternehmungen, die Gemeinde und damit in erster Linie die Arbeiterschaft zu schädigen.

Heute ist die Wende zum Besseren bei den Gemeinden unverkennbar. Die Betätigung der Inflation hat ihre Steuerkraft erhöht, führt ihre Wirtschaft und ihre Finanzen einem neuen Aufblühen entgegen. Damit beginnt auch die Zeit, wo endlich der Gedanke der Selbstverwaltung für die Bevölkerung durch Leistungen fruchtbarer gemacht werden kann. Aufbau, nicht Abbau der Gemeindepolitik muß das Ziel der nächsten Jahre sein. Um so wichtiger ist es, daß die Sozialdemokratie bei den Gemeindevahlen Erfolg erringt. Sollte sie es gewahren ist, die als beste und unverfälschte Stütze für die Gemeinden in schwerster Zeit sich bewährt hat, so wird sie auch die besten Vorläufer des neuen Aufstehens zum Ausbau der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden auszuweisen.

Die bürgerlichen Parteien sind einer solchen Aufgabe schon deswegen nicht gewachsen, weil sie nirgends — wie die Erfahrungen überall beweisen — imstande sind, aus eigenem heraus eine tragfähige Mehrheit für die Gemeindepolitik zu

bilden. Sie werden gerade bei der Gemeindeförderung noch mehr, als bei den Kämpfen um die großen Parlamente durch ihre Zerplitterung in zahllose Gruppen und Grüppchen gehemmt. Die Interessenspolitik, die von den sogenannten Wirtschaftsgruppen in ihren Reihen gefördert wird, macht ihnen jede objektive und vorurteilslose Hingabe an das Gemeindeförderungsbüro unmöglich. Die Steuerbewilligung muß in der Regel im heftigsten Kampfe gegen sie erfolgen. Sie neigen ausnahmslos dazu, das Tätigkeitsgebiet der Gemeinde auf das notwendigste einzuschränken. Sie wollen fast ohne Ausnahme keine Steuern bewilligen, die dem sozialen Aufstieg der breiten Massen direkt oder indirekt dienlich sein könnten. Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden, die Einrichtung von Regiebetrieben, ist ihnen verhasst. Nicht umsonst wandte sich der volksparteiliche Parteitag in Hannover, genau so wie der Parteitag der sogenannten Wirtschaftspartei, die er engstirnigsten aller bürgerlichen Gruppen, gegen jeden gemeindeförderungsbüro, der über die unvermeidlichen Monopolbetriebe für Gas, Wasser und Elektrizität und Lehrbetriebe hinausgeht. Die „Entkommunifizierung“ war ihr Schlagwort in den letzten Jahren. Dabei können die Gemeinden nicht leben, wenn nicht ein gesunder, wirtschaftlich richtig fundierter und vorsichtig arbeitender Gemeindeförderungsbüro zum Leitmotiv der Gemeindeförderung gemacht wird, wenn sie nicht daran gehen, im Interesse des wirtschaftlichen Aufbaues sich selbst auch an wirtschaftliche Aufgaben heranzuwagen. Ihre eigene Wirtschaft erfordert Regiebetriebe aus rein finanziellen Gründen. Es ist ihre Aufgabe, der wirtschaftlichen Entwicklung zu dienen und das können sie nur, wenn sie selber sich wirtschaftlich betätigen oder sich an Wirtschaftsunternehmungen gemeinsam mit dem Privatkapital beteiligen. Die bürgerlichen Parteien sind dieser Aufgabe nicht gewachsen, weil sie immer wieder von Interessenerwägungen gehemmt, Gruppeninteressen über das Interesse des Gemeindeförderungsbüros stellen müssen.

Es braucht in diesem Zusammenhang nur an die ungeheure Bedeutung der wirtschaftlichen Betätigung auf dem Gebiete des Wohnungsneubaus erinnert zu werden. Die bürgerlichen Gruppen werden diese Arbeit, die die Gemeinden leisten müssen, immer nur hemmen können.

Nachdem die Sozialdemokratie in den vergangenen Jahren das äußerste getan hat, um die Gemeinden aufrecht zu erhalten, und ihrer Arbeit und ihrer Mühe, ihrer Opferwilligkeit und Verantwortungsbewußtheit es zu einem großen Teil zu verantworten ist, wenn die Gemeinden jetzt verhältnismäßig glimpflich sich in bessere Zeiten hinübergehalten haben, kommt alles darauf an, daß bei den Neuwahlen die Kräfte gestärkt werden, ohne die die Früchte der Arbeit der letzten Jahre nicht geerntet werden können. Jetzt, wo es möglich ist, neues zu leisten, gehört jede Arbeiterstimme der Partei, die mit der Gemeindeförderung am engsten verbunden ist, der Sozialdemokratie!

Bayrische Regierungsforgen.

Die Völkischen sollen regieren — sagt die „Volkspartei“.

Nach ihrer Schlappe bei den bayerischen Landtagswahlen will die bisher regierende „Bayerische Volkspartei“ sich in den Schmolzwinkel zurückziehen und den Völkischen den Vortritt überlassen. Ihre „Korrespondenz“ schreibt u. a.:

„Die Völkischen haben den Wählern das Blaue vom Himmel herunter versprochen. Sie sollen zunächst einmal leben, wie sie jetzt ihre Verpflegung, ihre Wohlfahrt, ihre Wohlfahrt mit den Kommunisten, ihre Kampflosigkeit gegenüber den Marxisten in einem völkischen Rahmen bringen, zumal sie ja auch in ihren Blättern so tun, als wäre ihnen das ganze Volk am 6. April nachgelaufen. Der Mund ist lange genug gespielt worden, jetzt heißt es für die Völkischen endlich auch einmal pfeifen!“

Das heißt also, die Völkischen sollen sich um die Regierungsbildung bemühen. Da ihnen das bei der angebrochenen Abstinenz der Bayerischen Volkspartei aber schon rein zahlenmäßig nicht möglich ist, so wird sich die Radikale Partei erst recht schön bitten lassen, mit den Kulturkämpfern um Ludendorff gemeinsame Sache zu machen.

Nach dem Theater.

Von Thersites.

Im brausenden Finale verrauscht die große Ausstattungscaperette.

Sieht bricht jäh und nüstern in den weiten Raum. Aber unermüdlich kassieren noch die Tausende von Händen der einzig großen Tänzerin entgegen, die ihnen allen einen kurzen, heißen Kuss von Glück und Heiterkeit geschenkt hat und nun immer wieder immer noch lachend, vor den Vorhang muß. Beide Arme voll Chrysanthem, mit einer Danksverbeugung, die allen gilt.

Jetzt stehen an der Hinterfront des Theaters noch viele Bewunderer und warten auf einen letzten Gruß. Aber keiner ist so erfüllt von Dankbarkeit wie die kleine Verkäuferin, die sonst jeden Tag im Warenhaus Steingut verkaufen muß.

Den ganzen Abend hat sie wie verzaubert gegessen, ganz den Blick eingetaucht in Gold und Pracht eines fernem unwirklichen Lebens, das auf der Bühne geschah, und dabei Schokolade gegessen! Wie die Musik sie trug, man konnte lachen und meinen dabei, das war noch viel schöner als Kino und Liebesromane.

Und wie wunderbar war die Tänzerin. Und ihre Kleider erst, lauter Seide und Perlen — das es so was auf der Welt geben konnte!

Ganz verwirrt und heiß ist sie noch und hält einen kleinen Strauß mit Schneeglöckchen, den will sie ihr zuwerfen, vielleicht lacht sie oder spricht sie an und vielleicht wird sie dann plötzlich entdeckt und kommt auch zur Bühne, wie sie das neulich mal gesehen hat.

Da kommt die Tänzerin in ihrem Pelzmantel. Alle Leute drängen sich, rufen, lachen. Die Kleine, ganz verwirrt, wirft hastig ihren Strauß.

Schon klappt die Lüre des großen Autos, das die Tänzerin von dannen führt.

Einen Augenblick nur sieht das kleine Mädchen ihr Ideal auf selbigen Polstern im hellleuchtenden Coupé, wie sie noch einmal dankend lächelt. „Sie hat mich gesehen!“ denkt sie.

Und befehligt sieht sie und sieht dem enteilenden Auto nach; der kleine Strauß liegt überfahren auf dem Pflaster. Endlich erwacht sie.

Nun kommt der weite Weg nach Hause. Und morgen früh um 6 Uhr rasselt der Bock.

Aber vorher will sie noch träumen...

„Fabelhaft warst du heute Abend wieder“ — schmachtelt der Tänzerin ihr Begleiter. „Na ich danke, wenn man jeden Abend dieselben Bildeiten vortragen muß — übrigens, wo soupiert man heute?“

Wenn die Verbrüderung nicht gelingt, wird sie wahrscheinlich auch keinen Ausweg wissen. Es sei denn, daß sie an die „Marxisten“ denkt. Und die werden sicher wenig Neigung haben, ihr aus dem Sumpf zu helfen.

Deutschnationale Taufe.

Patentlösung der Judenfrage.

Dem völkischen „Deutschen Tageblatt“ ist ein Schreiben des Vorstandes der Deutschnationalen Partei in die Hände geraten, in dem der Vorwurf, daß im Kreisverein Breslau der Jude Schottländer Vorstandsmitglied ist, dahin beantwortet wird, daß Schottländer schon bei den Konfessionen war und deshalb nicht im eigentlichen Sinne als Jude zu bezeichnen und zu behandeln ist. Damit haben die Deutschnationalen die Patentlösung der Judenfrage entdeckt. Es wäre interessant, zu erfahren, ob diese geniale Lösung dem „Völkischen Reichsausschuß“ der Deutschnationalen Partei zu verdanken ist, der bekanntlich beschloffen hat, daß die Deutschnationalen grundsätzliche Antisemiten sind.

Der teure Sparkommissar.

Er spare an sich selbst!

Man schreibt uns: Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1924 enthält beim Haushalt des Reichsfinanzministeriums die Ausgaben für die Stellen, die mit der Durchführung der sogenannten Sparmaßnahmen betraut sind, das heißt

1 für die Verwaltungsabbaukommission, 2 für den Sparkommissar, Staatsminister a. D. Saemisch in Berlin nebst seinen Zweigbüros bei den Präsidenten der Landesfinanzämter.

Die persönlichen und sächlichen Ausgaben der Verwaltungsabbaukommission sind mit 60 100 M. veranschlagt, die der Stellen um 2 mit 648 900 M., insgesamt also mit 718 000 M.

Von den 648 900 M. entfallen auf persönliche Ausgaben für das Bureau des Sparkommissars in Berlin rund 106 300 M., für 29 beamtete Hilfskräfte aus den Gruppen B³ bis A und auf persönliche Ausgaben für beamtete Hilfskräfte bei den Zweigbüros der Landesfinanzämter 307 700 M. 150 000 M. sind für Reichskosten vorgesehen. Dabei sind für das Bureau des Sparkommissars in Berlin lediglich die 29 beamteten Hilfskräfte veranschlagt. Es treten also die Ausgaben für die von den einzelnen Verwaltungen zu den Bureaus des Sparkommissars abgeordneten Beamten gar nicht in Erscheinung. Die Befolgung dieser Beamten werden von den Haushalten der einzelnen Verwaltungen getragen. Man wird sie unbedenklich mit zirka 80 000 M. veranschlagen können, so daß sich die Gesamtsumme der Ausgaben für die „Sparstellen“ auf insgesamt etwa 800 000 M. erhöht.

Der Haushalt des Rechnungshofs des Deutschen Reichs für 1924 schließt mit rund 1 443 000 M. für persönliche und sächliche Ausgaben ab. Stellt man demgegenüber die Gesamtsumme der Ausgaben für die „Sparstellen“ mit rund 800 000 M. so zeigt sich, daß neben dem Rechnungshof Stellen entfallen sind, die sicher die Hälfte der Ausgaben verursachen, die für den Rechnungshof selbst veranschlagt sind. Bedenkt man, daß die Mitglieder des Rechnungshofs nach Art. 3 der Personalabbaurechnung neben dem übrigen Personal tätig sein können, bedient man weiter, daß die Befugnisse des Rechnungshofs durch die Reichshaushaltsordnung erweitert worden sind, so kann man nicht verstehen, daß neben diesem personell nicht eingeschränkten Rechnungshof noch die oben genannten Sparstellen in dem Umfang erforderlich sein sollen, daß sie die Hälfte der Gesamtausgaben des Rechnungshofs verursachen und damit dem Aufwand nabelkommen, den das gesamte Reichsjustizministerium hat, den Aufwand des Reichspräsidenten mit seinem Bureau, sowie des Reichsministeriums einschließlich Reichskanzlei und Vertretung der Reichsregierung in München dagegen weit übersteigt.

Die Berliner Secession

eröffnete heute mittags ihre Frühjahrsausstellung. Eine kleine, sehr sorgfältig gestellte Schau. Keine überragenden Gipfelleistungen, aber auch wenig Minderwertiges. An der Spitze zu nennen: Jackels „Liebespaar“ (37), in seinem diagonal aufschwingenden Linienbau ein Meisterwerk rhythmischer Kunst und tiefer Befassung; eins der Werke, die selbst großen Künstlern nur in seltenen Stunden gelingen und deren unsere Zeit nicht viele geschaffen hat. An zweiter Stelle: Krauskopfs „Drei Witwen“ (47), eine ergreifende Vision in klagenden Farben, müde trauernden Linien und wechem Licht; daneben zwei virtuose Landschaften (48 und 49), die aber nach meinem Gefühl schon etwas zu sehr mit der Technik prunken. Ferner: „Der Kavaller“ (39) von Paul Kleinschmidt, hart empfunden und mit wuchtigem Pinsel schmissig hingelegt, in der Auffassung ein wenig rig, aber doch selbständig und ehrlich gegeben. Dann zwei wertvolle Porträts: ein Selbstbildnis (15) von Laxinghausen, namentlich sehr schön in der auch äußerlich dekorativen Farbenwirkung, und ein Frauenbildnis (68) von Wastle in strengen, ausdrucksstarken Formen und klarem, mild leuchtendem Rotrot. Die drei abstrakten Kompositionen (7 bis 9) von Hans Braß, die ebenfalls zu den besten Stücken der Ausstellung gehören, sind merkwürdig „stich“ gebündelt. In ihrer Nachbarschaft steht man zwei Arbeiten (31 und 32) von Paul Grünwald, der Braß in Keuchrichtigkeit kopiert, ohne seines Geistes einen Hauch zu besitzen. In starker Betonung des Konturs und kräftigem, förmig-trodenem Farbenvortrag stellt der Breslauer A. B. Komalitz ein Bildnis (45) und eine Landschaft (46) hin; nichts Ueberzeugendes, aber doch beachtenswert in seiner klaren Eigenart. Rohlfes (43 und 44) gibt einen süßen Aufguß nach kokosförmigen Extrakt, Stod (67) bemüht sich, neue expressionistische Formen und alten literarischen Genrebildgeist zu vereinen und erzeugt damit prinzipielle Zwitwerggebilde. Der Münchener Georg Schrimpf (59 bis 61), einer der ganz jahm gemordenen Kunstrevolutionäre, hat sich wenigstens in der Farbe etwas vornehmere Kultur bewahrt.

Ueber die Plastik ist wenig zu sagen: ein paar leere Damenköpfe (83 und 84) von Julius III; Thorals „Mädchen“ (79), eine Nichtsheit ohne Kraft und Schöpfung; die „Antike“ (74) von Garbe, in der künstlerisch das gewollt und angestrebt wird, was Archipenko längst konnte und erreicht hat.

Werkbund und Bauhaus. Aus Anlaß der Gefährdung des Staatlichen Bauhauses in Weimar hat der Deutsche Werkbund lobende eine Erklärung an das Thüringische Staatsministerium gerichtet. Der Bund weist dar'n, wie schon auf seiner letzten Jahresversammlung in Weimar selbst, darauf hin, daß er mit Interesse die unter Leitung von Walter Gropius dort eingeleiteten Arbeiten kennen gelernt hat und in ihnen einen wichtigen Beitrag sieht zur Klärung und Förderung der Formprobleme in Handwerk und Industrie. Der Werkbund spricht die Erwartung aus, daß die öffentlichen Körperschaften und die staatlichen Stellen des Staates Thüringen der Weiterführung dieser Arbeit ihre Unterstützung gewähren werden

Man wird insbesondere nicht verstehen, daß neben den 200 000 M. Reisekosten, die im Haushalt des Rechnungshofs vorgesehen sind, noch 150 000 M. Reisekosten für den Sparkommissar und sein Personal notwendig sein sollen. Verständlich wird diese Ausgabe nur dann, wenn der Sparkommissar selbst Auslands- und Dienstreifen unternimmt, wie im Sommer 1922 nach Warschau und Helsingfors, um Sparmöglichkeiten bei den auswärtigen Vertretungen zu ermitteln.

Wenn das sehr reichlich vorhandene Personal des Rechnungshofs richtig arbeitet, dann braucht der Sparkommissar nicht, wie er selber annimmt, noch 5 bis 6 Jahre weiter zu amtierem, er kann vielmehr sich selber schleunigt abbauen — im Interesse der Spararbeit!

Bekennnis zur Republik.

Eine Rede Fehrenbachs.

Frankfurt a. M., 11. April. (M. B.) Nach dem Reichsanzeiger März beauftragte der frühere Reichsanzeiger Fehrenbach die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands und erörterte zunächst, welche Regierungsform für Deutschland die bessere sei. Mit der Flucht des Kaisers nach Holland, sei diese Frage für die Zentrumspartei erledigt gewesen. Ueber das Zusammengehen mit den Sozialdemokraten lagte der Redner, das Zentrum habe dabei niemals seine eigenen Grundzüge aufgegeben. Was das Zentrum von den Sozialdemokraten trenne, sei die Frage des Kampfes und ihr Verhalten in religiösen Fragen. Zum Schluß kam Fehrenbach auf die Verfassung von Weimar zu sprechen, die er zwar für verbesserungsbedürftig, aber als durchaus geschnitten zustand gekommen erklärte.

Mißachtung des Staatsgerichtshofes.

Kassel, 12. April. (Eigener Drahtbericht.) Die das „Kasseler Volksblatt“ mitteilt, ist gegen seinen verantwortlichen Schriftleiter Tejschky vor dem Kasseler Amtsgericht ein Verfahren wegen Beschimpfung der Reichswehr eingeleitet worden, obwohl auf eine Beschwerde des Blattes über ein dreitägiges Verbot der Staatsgerichtshof bereits entschieden hat, daß die beanstandete Ueberschrift „Eine Ohrfeige für Loßberg“ keine Beschimpfung der Reichswehr, sondern bloß eine Beleidigung des Generals Loßberg darstellt. Es ergibt sich also die merkwürdige Tatsache, daß ein Amtsgericht, gebildet durch einen deutschnationalen Amtsgerichtsrat, darüber entscheiden soll, ob der Staatsgerichtshof, bestehend aus zwei Reichsgerichtsräten und einem Landgerichtsdirektor, wirklich Recht gesprochen hat. Es ist selbstverständlich, daß dieses Verfahren gegen den Genossen Tejschky als eine Demonstration der reaktionären Justiz gegen den bei ihr unbeliebten Staatsgerichtshof empfunden wird.

Völkisch-kommunistische Prügelei.

Essfurt, 12. April. (M. B.) Gestern Abend kam es in einer von deutschnationaler Seite einberufenen Wählerversammlung im Laufe der Diskussion, die von den Kommunisten fortgesetzt durch lärmende Zwischenrufe gestört wurde, zu erregten Zusammenstößen zwischen Angehörigen beider Parteien und zu einer Schlägerei. Der Streit wurde nicht nur mit Stöcken und Stühlen, sondern auch mit Messern ausgefochten. Der Bertram Heremann Kani, der auf der völkischen Kandidatenliste steht, wurde durch vier Messerstiche so schwer verletzt, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Es wurde auf das Verammlungslokal ein Schuß abgefeuert. Nachdem die Kommunisten mit dem Gesang der Internationale den Saal verlassen hatten, konnte die Versammlung ruhig zu Ende geführt werden.

Auf der bevorstehenden russisch-englischen Konferenz in London werden sich die Russen bemühen, neben dem Problem Besarabien auch die Remeltfrage erneut zur Sprache zu bringen. Die Konferenz wird am Montag von MacDonald eröffnet. Offiziell wird erklärt, daß die von Poincaré geforderte Teilnahme eines französischen Vertreters abgelehnt werde. Die britischen Delegierten würden aber instruiert werden, etwa berührte französische Interessen zu schützen.

und betont nochmals die Ueberzeugung, daß ein Versuch, über dessen wertvolle Ergebnisse bei aller Kritik im einzelnen kein Zweifel bestehen kann, nicht nach so kurzer Dauer aufgehoben werden soll.

Die heimliche Rückkehr der Zugvögel. Das Wunder der Heimkehr der Vögel vollzieht sich in jedem Jahre von neuem und erregt immer wieder das Erstaunen der Vogelkundigen. Dabei handelt es sich nicht nur um das vielbesprochene Kärlchen des Juges der Vögel, sondern auch ihr Einvernehmen selbst erfolgt in ganz geheimnisvoller Weise. „Eins der Mythen des Vogelzuges“, sagt der Ornithologe Binger, der der englischen Vogelzugstudie von Scott Head Island vorsteht, ist die Heimkehr der meisten Singvögel. Ich habe niemals beobachten können, wann sie eintrafen. In der fraglichen Zeit gehe ich jeden Morgen hinaus und suche die Büsche ab, auf denen sie nisten, aber ich erblide nicht einen einzigen der besiederten Bäume. Und eines Tages, wenn ich nach dem Mittagessen wiederkomme, kann ich plötzlich der große Augenblick da: die Büsche sind dicht bedeckt mit den Anstammungen aus dem Süden. Sie sind gekommen ohne einen Laut, ohne ein sichtbares Zeichen, ganz heimlich und still. In den mehr als 20 Jahren, in denen ich der Vogelwarte vorstehe, habe ich die Rückkehr der Singvögel niemals beobachten können. Erstaunlich ist auch die Pünktlichkeit, mit der manche Vögel eintrafen. Die Seeschwärme z. B. kommen so pünktlich wie ein Passagierdampfer. Drei Jahre lang konnte ich feststellen, daß genau an demselben Tage am 26. April, ihrer 400 in einem großen Schwarm ansetzten und sofort einen gewaltigen Lärm machten. Sehr interessant ist es auch zu beobachten, wie sich die Neuankömmlinge dem Vorhandensein eines Vogelstuhls unter den Vögeln verbreiten. Früher nistete hier keine Seeschwärme. Dann kam vor einigen Jahren ein Paar; das nächste Jahr waren es schon 9 Paare, und in dem darauf folgenden hatte sich eine ganze Kolonie von mehr als 300 Stück eingebunden.“

Schauführungen der Woche. Sonntag, 10. April: Theater: „Märchen Rann“. — Dienst, 11. April: Oper: „Die tausende Prinzeßin“. — Mittwoch, 13. April: Theater in der Königlichen Str.: „So ist es“. — Freitag, 15. April: Theater: „Kapitelreich“. — Samstag, 16. April: Theater: „Die tolle Stadt“.

Reisevorträge. Sonntag, 11. April: „Rann, der Ostsee“. — Montag, 12. April: „Rann, der Ostsee“. — Dienstag, 13. April: „Rann, der Ostsee“. — Mittwoch, 14. April: „Rann, der Ostsee“. — Donnerstag, 15. April: „Rann, der Ostsee“. — Freitag, 16. April: „Rann, der Ostsee“. — Samstag, 17. April: „Rann, der Ostsee“.

Ueber Oberammergau und sein Döllenspiel. Ist am 14. d. M. 8 Uhr, Dr. Lehner in der Aula des Kaiserin-Wilhelms-Gymnasiums, Charlottenburg, Gauerstr. 36/37. Lichtbilder und Orgelbegleitung werden den Vortrag ergänzen.

Politischer Beleidigungsprozess in England.

Arthur Henderson als Zeuge.

Vor einigen Tagen fand in London ein Beleidigungsprozess statt, den der Arbeiterkandidat L. B. Gillinger gegen seinen siegreichen konservativen Gegner Sir Walter de Frece angestrengt hatte, weil letzterer im Wahlkampf der Arbeiterpartei vorgeworfen hatte, sie habe das Programm der blutigen Revolution von Lenin und Trotzki angenommen und sie erstrebe ähnliche Dinge wie in Russland, insbesondere die „Verstaatlichung der Frauen“.

Der Prozess gewann aber dadurch besonders an Interesse, daß Arthur Henderson, der jetzige Innenminister und langjährige Generalsekretär der Arbeiterpartei, als Zeuge vernommen wurde. Bei seiner Vernehmung zeigte sich Henderson ebenso schlagfertig wie witzig; seine Antworten waren oft typisch für den englischen politischen Humor. Nachdem er erklärt hatte, daß die Politik der Labour Party in England gegenüber darin bestanden habe, freundschaftliche und friedliche Beziehungen zwischen England und England wiederherzustellen, fügte er hinzu, zwar würde man nicht eine offizielle Kundgebung der Arbeiterpartei nachweisen können, die eine Billigung der bolschewistischen Methoden an sich enthalte. Der Rechtsbeistand des Angeklagten, das frühere konservative Kabinetmitglied Sir Douglas Hogg, richtete nun an den Zeugen die Frage, ob denn nicht die erste Regierungshandlung der Arbeiterregierung die rechtliche Anerkennung Sowjetrußlands gewesen sei. Worauf Henderson: „Freilich, wir haben die Anerkennung vollzogen, die die anderen Leute für notwendig hielten, aber nicht wegen durchzuführen.“

Sir D. Hogg: „Tritt die Arbeiterpartei nicht dafür ein, eventuell ihre Ansichten der Allgemeinheit aufzuzwingen durch die Waffe des Generalsstreiks?“

Henderson: „Ja, aber nicht in der Frage der Verstaatlichung der Frauen. Uebrigens ist der Streik in England keine verfassungswidrige Handlung.“

Sir D. Hogg: „Was verfassungsmäßig oder verfassungswidrig ist, ist Ansichtssache.“

Henderson: „Aber das Gesetz steht auf meiner Seite.“

Sir D. Hogg: „Wann glauben Sie, daß eine Frage wichtig genug ist, um die gewerkschaftliche Macht anzuwenden, um Ihre Ansichten durch Klassenkampf aufzuzwingen?“

Henderson: „Wenn wir meinen, daß das Land in solcher Gefahr schwebt, daß wir gebieterischen Anlaß haben, zu handeln.“

Sir D. Hogg: „Bei der letzten Wahl hat es nicht weniger als neun Mitglieder der kommunistischen Partei gegeben, die als offizielle Kandidaten der Arbeiterpartei aufgestellt wurden?“

Henderson: „Das mag schon stimmen.“

Sir D. Hogg: „Zum Glück sind sie alle geschlagen worden, nicht wahr?“

Henderson: „Aun, auch ich bin geschlagen worden.“

Sir D. Hogg: „Ich meine Sie doch gar nicht, Mr. Henderson!“

Henderson: „Ich dagegen meine, ich kann mich sehr wohl in eine Linie mit meinen Genossen stellen.“

Sir D. Hogg: „O, wenn Sie's wünschen...“

Henderson: „Natürlich wünsche ich das, sobald es sich um Männer handelt, die die Statuten der Arbeiterpartei anerkennen.“

Der Prozess endete mit einem glatten Sieg des Arbeiterkandidaten, da der konservative Abgeordnete de Frece eine Erklärung abgeben mußte, in der er alle verleumderischen Behauptungen mit dem Ausdruck des Bedauerns vorbehaltlos zurücknahm.

Der amerikanische Oelfskandal.

Washington, 12. April. (B.Z.) Präsident Coolidge erklärt in einer Botschaft an den Senat, daß die Untersuchung in der Angelegenheit des Petroleumskandals im Einklang mit der Verfassung und den Landesgesetzen durchgeführt werden müssen. Der Präsident protestiert gegen sämtliche von der Senatskommission eingeleiteten Untersuchungen.

Die Einmischung des Präsidenten Coolidge in die Untersuchung des Oelfskandals ist geeignet, das größte Aufsehen zu erregen, denn sie bedeutet nichts anderes als einen Versuch, die Arbeit der Senatskommission, die die ungeheuerliche Korruption an den höchsten Regierungsstellen aufgedeckt hat, illusorisch zu machen. Es erscheint recht merkwürdig, daß Coolidge, der gleichfalls durch den Oelfskandal bloßgestellt wurde, erst zwei Monate nach Beginn der Untersuchung, nachdem bereits eine Anzahl hervorragender Regierungsmitglieder demissionieren mußten, die Entscheidung macht, daß die Untersuchung des Oelfskandals „im Einklang mit der Verfassung und den Landesgesetzen“ durchgeführt werden müßte. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß dieser verpöhlte Appell an die „Gefährlichkeit“ auf die Treibereien des Oelfskandals zurückzuführen ist, das durch die Untersuchung der Senatskommission auf das Ärgste bloßgestellt worden ist.

Neuwahlen in Südslawien.

Belgrad, 11. April. (U.) Ministerpräsident Pustisa wurde vom König zur Vornahme von Neuwahlen zum Ende des Sommers ermächtigt. Der Ministerpräsident hatte es dem König als unumgänglich bezeichnet, mit dem jetzigen Parlament zu regieren. Die Stenographen sollen vorläufig nicht aufgestellt werden, bis die Regierung den geeigneten Moment hierfür gekommen erachtet. Die Regierung wird vielmehr auf Grund der Verfassung die Session schließen. Am 20. Oktober soll dann die Wiedereröffnung der Stupčatina vorgenommen werden.

Börse und Erdverständigen-Eutochten.

In Börsenkreisen machte sich heute eine etwas freundlichere Beurteilung der Lage bemerkbar. Man glaubt, daß das Reichsfabrikat in seiner Sitzung am kommenden Montag der Aufforderung der Reparationskommission in Beisprechungen über die Vorschläge der Sachverständigen einzutreten, Rechnung tragen wird. Es fehlt allerdings nicht an Stimmen, die vor allem vor dem Optimismus warnen. Man verweist vor allem darauf, daß in den bisher in Deutschland bekanntgewordenen Auszügen aus dem Sachverständigenbericht sehr schwerwiegende Bestimmungen nicht enthalten sind, die nach Angabe französischer Blätter im Bericht stehen. Offenbar ist das niedrige Kursniveau und die Stabilität des französischen Francs der internationalen Spekulation Veranlassung, den deutschen Effekten wieder größere Aufmerksamkeit zu schenken. Auch die amerikanische Situation ist sehr lebhaft. Die Geldmarktsverhältnisse sind sehr wesentlich verändert. Im Devisenverkehr hielten sich kurze Kurse und Repartierungen in bisherigen Rahmen. Im Länderverkehr wurde das englische Pfund mit 72% französischen Francs gehandelt.

Journalistenleben. Unter dieser Überschrift schreiben wir am 12. Juli 1923 über die Behandlung, die der „Boten aus dem Riesengebirge“ seinem langjährigen Chefredakteur zuteil werden ließ. Wie wir von Herrn R. P. Kappasch, einem Verwandten des betr. Redakteurs erfahren, hat sich jetzt endlich der „Boten aus dem Riesengebirge“ entschlossen, ihrem früheren Chefredakteur eine Monatsrente von 125 R. auszusprechen.

Unter den Rädern des Nachtzuges.

Vier Eisenbahnarbeiter auf den Gleisen zermalmt.

Ein schweres Unglück, dem vier Menschenleben zum Opfer fielen, ereignete sich in der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr auf der Strecke zwischen dem Lehrter Bahnhof und dem Bahnhof Bellevue. Hier wurden auf dem Ferngleise I. zwischen den Kilometersteinen 5,8 und 5,9, in der Gegend des Partes der Landesausstellung, die Arbeiter Franz Frohn, Thomas Schwabelewski und Franz Knizek, die in Ruven in der Arbeiterkaserne wohnten, und ein Arbeiter Franz Weicholte aus Berlin-Lichtenberg von dem Personenzug 208 P. überfahren und zermalmt.

Auf dieser Strecke werden jetzt Geleise erneuert und umgelegt. In der vergangenen Nacht arbeitete die Kolonne auf der Fernstrecke in der Nähe der Ueberführung der Straße Alt-Moabit. Als sie auf der Sommerstraße des Lehrter Bahnhofes zur bestimmten Zeit antrat, fehlten die vier genannten Arbeiter. Kolonnenführer und Vorarbeiter begaben sich mit den anwesenden Arbeitern unter den üblichen Vorsichtsmahregeln nach der Arbeitsstelle. Ein Eisenbahner ging mit der Laterne, so daß die Kolonne nach beiden Richtungen gedeut und geföhrt war. Als nun die vier mit Verpötung nach der Sommerstraße kamen, wollten sie allein und ohne den erforderlichen Schutz die Arbeitsstelle aufsuchen. Infolge ihrer Verpötung mußten sie aber nicht, daß inzwischen durch den Fortschritt der Arbeiten Änderungen eingetreten waren. So gingen sie auf dem Geleise, auf dem, ohne daß ihnen das bekannt war, der Zug 208 P. von Bentschen nach dem Grunewald fuhr. Diese Aenderung war dem Vorarbeiter und seiner Kolonne bekannt, nicht aber den Verpöteten. Während diese nun ahnungslos in der Dunkelheit des Weges gingen, kam vom Lehrter Bahnhof ein Stadtbahnzug, der nach Charlottenburg fuhr. Unter dem Geräusch, das dieser verursachte, hörten sie nicht, daß der Fernzug hinter ihnen her kam. Der Führer dieses Zuges und seine Begleiter konnten in der Dunkelheit nicht sehen, daß jemand vor ihnen her ging. So fuhr der Zug in die Leute hinein, über sie hinweg und weiter nach seinem Ziel, ohne daß Führer und Begleiter von dem eintreffenden Unglück etwas wahrnahmen. Erst später fand man auf dem Bahnhof Charlottenburg auf dem Trittbrett des fünften Bogens des Personenzuges den Kopf eines der Ueberfahrenen. Unterdeffen ging noch ein Vorarbeiter mit einem anderen Arbeiter, die an anderer Stelle zu tun gehabt hatten, unter der üblichen Sicherung nach der Arbeitsstelle in Moabit. Diese Leute stolperten über die Leichen der Verunglückten und jetzt erst sah man, was geschehen war. Der Lehrter Bahnhof, der nun benachrichtigt wurde, sandte Rettungsmannschaften, aber es war nichts mehr zu retten. Die Verunglückten waren buchstäblich in Stücke gefahren. Zweien war der Kopf abgetrennt. Die Verbleibenden wurden gesammelt und in Tragkörben zunächst nach dem Amtszimmer des Lehrter Bahnhofes und von dort nach dem Schauhaufe gebracht. Die persönlichen und Familienverhältnisse der Verunglückten sind noch nicht näher bekannt. Die Schuld scheint die Leute selber zu treffen.

Der lose sitzende Revolver.

Wenn ein Schuppolyist sich betriefft.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts II mußte sich der frühere Schuppolyist-Unterwachtmeister Wilhelm Bülow wegen einer Revolveraffäre verantworten, bei der ein Mensch das Leben eingebüßt hat. Er war angeklagt, einen Zimmermann Jehmke vorsätzlich mißhandelt und dadurch seinen Tod verursacht zu haben. Die Tat wurde nicht im Dienst, aber unter Gebrauch des Dienstrevolvers verübt, mit dem Bülow den Jehmke erschloß.

In der Silbesternnacht hatte Bülow Bereitschaftsdienst in der Schuppolyistkaserne in der Friesenstraße. Nachdem er dort ein Weib geprügelt und reichlich alkoholische Getränke zu sich genommen hatte, verließ er die Kaserne unbehutsam während seiner Dienststunden und trat nach in der Gastwirtschaft von Botsin am Chamissoplatz. Er bestellte die Gäste; äußerte den Wunsch, mal seinen Revolver abzugeben und wurde schließlich von dem Gastwirtssohn, der früher selber Polizeibeamter gewesen ist, hinauskomplimentiert und auf den Heimweg zur Kaserne gebracht, damit er kein Unheil anrichten könnte. Als der Angeklagte allein weiter ging, spielte er sich plötzlich als im Dienst befindlich auf, schnappte auf einmal eine Pistole aus dem Revolverkasten und schloß auf einen Mann an und griff gegen Jehmke zur Schuppolyistkaserne. Jehmke wurde von Bülow durch einen Bauhieb niedergestreckt und starb noch am heutigen Morgen. Bülow behauptete, von Jehmke angegriffen worden zu sein oder mindestens geglaubt zu haben, daß er angegriffen wurde. Nach dem Ergebnis der Untersuchung wollte die Staatsanwaltschaft ihn außer Verfolgung setzen, aber die Strafkammer schloß sich dem nicht an, und es mußte dann gegen Bülow, der übrigens von der Polizei sofort entlassen worden war, Anklage erhoben werden.

Vor Gericht hielt der Angeklagte seine Darstellung aufrecht, daß er einen Zusammenstoß mit einer Gruppe nächtlicher Passanten gehabt habe, die ihm im Dunkel entgegengetreten sei. Jehmke habe ihn „grünen Jungen“ geschimpft, ihn mehrfach angegriffen, ihm Geld oder etwas Wertvolles in die Augen geworfen und ihn bedroht; darum habe Bülow zur Waffe greifen müssen, doch habe er ihn nur in das Bein schießen wollen. Belastet wurde er durch eine Zeitungsfrau Erzurth, die eine ganz andere Darstellung gab. Bülow habe an der Ecke Arndt- und Eckendorffstraße, wo er etwa um 1/7 Uhr morgens vorbeikam, einen jungen Mann angeschauert, er solle sich vom Trottoir räumen. Sogleich danach habe er sie selber, die auf dem Dammsand und verkehrungsgemäß auf eine andere Zeitungsfrau wartete, um Zeitungen mit ihr auszutauschen, am Arm gepackt und fortgewandert, sie solle sich vom Dammsand räumen. Als der zufällig vorbeikommende Jehmke ihn wahrnahm, „hissen Sie doch die Frau hier sehen!“ habe Bülow gebrüllt: „Machen Sie auch, daß Sie vom Dammsand runterkommen — oder ich schieße!“ und er habe dann auf Jehmke, von dem er weder beschimpft noch angegriffen worden sei, sofort geschossen. Ein Oberfeuerwehrmann Gleicher, der zum Dienst gehend die Schießerei auf 15 Schritt Entfernung mit ansah, hatte den Eindruck, daß mehr als drei Personen da waren und schätzte in der Dunkelheit die Zahl auf acht bis zehn. Darin sah der Staatsanwalt eine Bestätigung der Darstellung Bülows, und er kam zu dem Schluß, daß Bülow, weil er offenbar in vermeintlicher Notwehr gehandelt habe, freizusprechen sei. Der Verteidiger ging noch weiter und nahm sogar tatsächliche Notwehr an.

Das Gericht trat dieser Auffassung nicht bei, sondern sprach den Angeklagten schuldig und verurteilte ihn zu einem Jahr Gefängnis, wovon die Hälfte zu verbüßen ist und die andere Hälfte nach einer dreijährigen Bewährungsfrist erlassen werden soll. In der Begründung laute der Vorsitzende, daß nach Meinung des Gerichts die Zeugin Erzurth vollen Glauben verdiene. Bülow sei nicht angegriffen worden und habe sich auch nicht angegriffen gelautet, die von Gleicher bemerkte Gruppe habe sich vermutlich erst infolge des Wortwechsels angeformelt. Pflicht eines Polizeibeamten sei, das Publikum zu schützen, Bülow aber habe vllätig vergessen seinen Dienst verlassen und in der Trunkenheit das Publikum gefährdet und ein Menschenleben vernichtet.

Raubmordversuch an einem jugendlichen Arbeiter.

Der Tischlermeister Roste, dessen Fabrik sich auf dem Grundstück Boedstr. 25 befindet, schloß gestern nachmittags den bei ihm befindlichen 20 Jahre alten Arbeiter Erich Schöneke aus Reutßen, Malzer Str. 7 wohnhaft, mit größerem Geldbörselein im Betrag von 400 Goldmark zum Wechseln. Gegen 5 Uhr nachmittags fand man Schöneke auf dem Treppenhof des 2. Stockwerkes in dem genannten Fabrikgebäude bettungslos am Fußboden

liegend auf. Er war am Kopfe erheblich verletzt. Das Geld war bis auf einige Scheine, die neben Schöneke auf der Erde lagen, verschwunden. Allem Anschein nach ist Schöneke durch einen noch unbekanntem Mann, der ihm gefolgt sein muß, niedergeschlagen und beraubt worden. Der Schwerverletzte wurde nach dem Krankenhaus am Urban geschafft, wo er noch immer bewußtlos und infolge dessen nicht vernunftfähig darniederliegt.

Kino und Wahlpropaganda.

Im Pagenhofer Ausgank in der Chausseestraße zeigte gestern Genosse Horlich, welche vorzüglichen Dienste das Lichtbild der politischen Propaganda leistet. Vor einem überaus vollen Saal wurde dieser Lichtbildervortrag gehalten. Es war gleichsam die Probe auf das Exempel, die da gestern gemacht wurde, und man konnte nur konstataren, daß die Rechnung stimmte. Der Lichtbildervortrag leistet vorzügliches in der Werbe- und Aufklärungsarbeit, und er wird sicher keine Wirkung auf dem platten Lande, wo er in der Hauptsache vorgeführt werden soll, nicht verfehlen. Die einzelnen Bilder sind scharf und sprechen eine bereite Sprache von all dem Gleich und Unheil, das durch die Praktiken der Rechtsparteien und der Kapitalisten über die arbeitende Bevölkerung gekommen ist. Der die Bilder umrahmende Vortrag ist klar und jedem, der bisher auch nur wenig von der Sozialdemokratie und ihren Zielen weiß, leicht verständlich. Es werden Bilder gezeigt vom Reichstag, von Marg. Passale, Bebel, von proletarischen Demonstrationen, von der zunehmenden Wirkung des Krieges, dem Weltkrieg, der einfließenden Wohnungsnot, der Unterernährung der Bevölkerung, der vollständigen Verelendung der Proletarierkinder, der Justizstände und vieles andere mehr. Die zahlreiche Versammlung hielt mit ihrem Beifall und ihrer Anerkennung nicht zurück. — Aber noch an sechs anderen Stellen in Groß-Berlin wurden gestern abend sehr gut besuchte, öffentliche sozialdemokratische Wählerversammlungen abgehalten. — In einer Wählerversammlung in Spandau sprach Gen. Klefisch. Den vielen ungelösten Aufgaben auf allen Gebieten wird nur eine republikanische Wehrheit gerecht werden können. Weder die von Industriellen ausgehaltenen Wahlen noch die der Moskauer Parole nachlaufenden Kommunisten können ernsthaft etwas für die Interessen der Arbeitnehmer leisten. Das hinterhältige tannunistische Verstecken, mit unfruchtlichen Forderungen Beweunagen einzuleiten, die von vornherein zum Scheitern verurteilt sind, um nachher dann über angeblichen Berrat der Gewerkschaften zu jähren, sind eine gehärende Mordstellung. Da die zahlreichen vertriebenen Kommunisten den sachlichen Ausführungen des Redners nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen konnten, begnügten sie sich mit planmäßigen Störungsvorfällen, die aber von der Versammlung energig abgewiesen wurden. — In Konowitz sprach Genosse Dr. Walter Jochim. In Sieglin Genosse Barrer Bieler, in Adlershof Genosse Eduard Bernstein und in Grünau Genosse Bürgermeister Paul Rieth. Alle Redner fanden aufmerksame Zuhörer, und die Stimmung in allen Versammlungen war festgemittelt und zuverlässig. — Im großen Saal des Gewerkschaftshauses referierte Genosse Dr. Julius Rofes über das Thema: „Was fordern die Frauen vom neuen Reichstag?“ Mit eindrucksvollen Worten schilderte der Redner das Großstadtleben der Proletarierkinder. Den Armen läßt man schuldig werden, überläßt ihn der Pein und fügt noch Spott und Hohn hinzu. Vaterländische Frauenvereine umwerben die Frauen des Proletariats, denn als Stimmvieh sind sie gut. Die Bourgeoisie kümmert sich in Wahrheit nicht um das Proletarierkind. Der Redner kam dann auf den Kampf der Sozialdemokratie gegen die Abtreibungsparagrafen zu sprechen. Millionen von Proletarierfrauen leben in Stumpfheit und Gleichgültigkeit und begnügen sich mit der Redensart: „Es hilft ja doch nichts!“ Wer Sozialist ist, muß Optimist sein. Die Frauen geben bei der Wahl den Ausschlag. Sie müssen am 4. Mai laut ihre Stimme erheben, es geht um Probleme sozialer Natur.

In einer großen öffentlichen Wählerversammlung, die der Arbeiterbund zum Freitag abend nach dem Bilitzpark in Bilmersdorf einberufen hatte, sprachen die Vertreter sämtlicher politischen Parteien über ihre Stellung zu der Wohnungsfrage. Der Vertreter der deutschen Sozialdemokratischen Partei wollte die Wohnungsfrage dadurch lösen, daß er „den üblichen Ausländern“ die Räume wegnimmt, den verarmten Hausbesitzern durch Staatszuschüsse hilft und das Geld durch Aufgabe der Erfüllungspolitik beschafft. Der Vertreter der Deutschen Volkspartei erklärte, daß seine Partei den Besitz zu schützen bereit sei und gegen Vermögens- und Erbschaftsteuer aufträte; sie lehne es ab, für irgendeinen Stand, und seien es auch die Mieter, besonders einzutreten. Der Vertreter der Demokraten, Oberbürgermeister Dulla, führte aus, daß die demokratische Partei auch die Wohnungsfrage nur in der Weise zu lösen für möglich hielte, daß alle Beteiligte auf ihre Kosten kämen. Der Vorsitzende bedauerte in seinem Schlusswort, daß auch der Vertreter der demokratischen Partei eine klare Antwort auf die Fragen der Mieter nicht gegeben hätte. Als Vertreter der Sozialdemokratie sprach Genosse Kuben. Er wies darauf hin, daß die sozialdemokratische Partei bereits in Artikel 252 der Reichsverfassung die grundlegende Bestimmung über den Mieterschutz festgelegt habe und, getreu ihrer Einstellung für die arbeitende und beschlossene Klasse, für das Reichsmietengesetz und das Mieterschutzgesetz eingetreten sei. Er betonte, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ganz entschieden gegen die unsoziale Mietersteuer aufgetreten sei und die bürgerlichen Parteien, gerade weil die dritte Steuerordnung dadurch gefährdet war, an das Volk appelliert hätten. Es handle sich also bei den Wahlen darum, daß das Volk diesen bürgerlichen Parteien auch in bezug auf die Mietersteuer die richtige Antwort gebe.

Ein neuer Oberbürgermeister für Potsdam. In der gestrigen Stadterordnetenversammlung wurde beschlossen, die Stellung des Oberbürgermeisters für Potsdam nicht auszuscheiden, sondern den Oberbürgermeister in der nächsten Stadterordnetenversammlung am 9. Mai zu wählen. Die Wahl dürfte auf den jetzigen Bürgermeister Kaucher fallen. Das Gehalt für den Oberbürgermeister wird nach Gruppe B II bemessen. Ferner wurde bei der einstimmigen Entscheidung der Stadterordneten, daß die Finanzlage der Stadt für das Rechnungsjahr 1924 wieder in Einnahme und in Ausgabe auf 7 771 600 Mark festgelegt.

Feuer in der Französischen Volkshaus. Dieser Ruf alarmierte heute vormittag um 8 Uhr die Berliner Feuerwehr nach dem Pariser Platz 5. Dort war in der Küche Feuer ausgebrochen, und zwar in einem Aufzugskanal, wobei Fett in Brand geraten war. Die Gefahr konnte schnell beseitigt werden. — Die Wilmerdorfer Feuerwache wurde nachts um 1 1/2 Uhr nach der Kaiser-Allee 192 gerufen. Hier war ein Wasserrohr unter dem Bürgersteig geplatzt, und infolgedessen der Bürgersteig und die Straße überschwemmt. Die Wasserleitung mußte abgeleitet werden. Ein Teil der Straße und Umgebung war heute ohne Wasser.

Die Bureaus und Kassen der Reichshauptbank werden am Sonnabend, den 19. April d. J., den ganzen Tag geschlossen sein.

Beckler Mietbund, 14. Verwaltungsbegriff. Reutßen. Sonntag, den 13. April, vormittags 9 1/2 Uhr, öffentliche Wählerversammlung in Reutßen, Hofenstraße.

Die Helene Rammes (Röthener Str. 32 im Hause des Reiterfußes) gibt am Sonntag, den 13. April, abends 8 Uhr, ihren letzten Abend in dieser Saison. Mitwirkende sind Hans und Käthe Fuhrmann, Lore Wagner, Koll Burkhart und am Flügel Gust Benack.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreis Müllers. Der Ordnungsdienst muß Sonntag früh 8 1/2 Uhr vollständig in der Stadthalle, Klosterstraße, erscheinen.

